

Schlag-Wörter:
Post-Demokratie

Eine Kolumne von Konrad Adam

Seite 2

„Desiderius-Erasmus-Stiftung“ gegründet

Seite 3

Gründung der Politischen Akademie der AfD

Seite 4

Schluss mit dem Grexit-Tabu! Es gibt einen Ausweg für Griechenland – buchstäblich.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf! Frei nach diesem Motto über treffen sich EU-Akteure und Euro-Ideologen gegenseitig beim Wegschauen und Verdrängen. Fakt ist: Die Griechenlandkrise war nie zu Ende und hat längst mit Wucht zurück in die öffentliche Debatte gefunden. Eigenartig nur, wie eben diese Debatte durch die gewählten Volksvertreter (nicht) geführt wird.

Dabei sollten angesichts der Auftritte der Griechen auf der europäischen Bühne längst alle Alarmglocken schrillen – selbst in den Ohren derer, die noch immer fest die Augen zukneifen.

Bestes Beispiel hierfür ist die Reformliste, die Herr Tsipras kürzlich präsentiert hat. Zentrale Bestandteile dort sind längst Schnee von gestern. Etwa die aufgeführte Steueramnestie für Griechen, die ihr Vermögen ins Ausland verlagert haben. Sie ist bereits 2010 als eine der ersten Reformmaßnahmen beschlossen worden. Eine nennenswerte Verbesserung der griechischen Staatsfinanzen hat es dadurch nicht gegeben. 2011 hat die EU-Kommission diese Amnestie zudem sogar als unvereinbar mit EU-Recht eingestuft. Nur ein Beispiel unter vielen dafür, wie Herr Tsipras versucht, ausgelaugten Aufguss neu aufzukochen.

Zurecht kann er sogar argumentieren, er halte sich nur an seine Wahlversprechen, Privatisierungen zu stoppen und keine weiteren Steuererhöhungen folgen zu lassen. Tatsächlich würden diese ohnehin zu nichts führen. Griechenland hat kein Geld und wird deshalb auf die Schnelle auch nichts beschaffen können.

Was tut die EU? Sie kündigt schon

einmal an, weiter Geld in ein gescheitertes Euro-Projekt zu pumpen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker plädiert dafür, Griechenland mehrere Milliarden Euro EU-Gelder für den Kampf gegen die soziale Not im Land zur Verfügung zu stellen. Natürlich: Die Not leidende griechische Bevölkerung verdient Anteilnahme und Beistand.

Aber nicht indem man Ursache und Symptom der Krise verwechselt. Weitere Milliarden sind kein Heilmittel für die tiefe wirtschaftliche und strukturelle Krise Griechenlands, sondern wirken allenfalls wie ein Schmerzmittel, das zwar vorübergehend Linderung verschafft, aber die Krankheit nicht bekämpft. Und im Übrigen:

Wenn die EU nun schon eine Art humanitäre Hilfe leisten muss, um die Folgen der eigenen Eurorettung abzumildern, kann sie für das Scheitern ihrer Rettungspolitik ein deutlicheres Eingeständnis wohl kaum liefern. Stattdessen führt schlicht kein Weg hieran vorbei: Staaten wie Griechenland müssen den Euroraum verlassen! Nur mit einer eigenen Währung auf dem Weltmarkt können sie wieder konkurrenzfähig werden und wirtschaftlich gesunden.

Die Politik muss nun hierfür endlich ihre Hausaufgaben machen. Die AfD hat bereits einen mutigen Vorstoß gewagt und gemeinsam mit der EKR-Fraktion im Europäischen Parlament auf Basis eines Manifests zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Griechenlands (siehe <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2015/03/AfD-Manifest-De.pdf>) konkrete Anregungen und Vorschläge geliefert. Zum anderen hat die AfD die Beantragung einer außerordentlichen



Aussprache über mögliche Vorkehrungen der Eurozone für den Austritt eines Mitgliedslandes angestoßen. Ergebnis: Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP lehnte das Europäische Parlament eine solche Aussprache ab - und demonstrierte damit sein seltsames Demokratieverständnis.

Die europäischen Bürger haben dagegen ein Recht zu erfahren, welche Pläne und Vorkehrungen für den Fall eines Euroaustritts existieren, um sich darauf einzustellen. Ohne entsprechende rechtliche und wirtschaftliche Vorkehrungen läuft die gesamte Eurozone Gefahr, zu einem Hort der Instabilität zu werden. Eine Politik, die dieses Risiko billigend in Kauf nimmt, handelt verantwortungslos. Dagegen werden wir weiter kämpfen!

Ihr Bernd Lucke

Schlag-Wörter: Post-Demokratie



Konrad Adam

Ein Gespenst geht um in Europa, und nicht nur dort: die Post-Demokratie. Wie alle wahren Gespenster ist sie nicht zu greifen. Das einzige, was man von ihr weiß, ist die banale Tatsache, dass sie nach der Demokratie auf die Bühne tritt; daher ihr Name. Alles andere ist ungewiss und stellt die Bürger vor die Frage, ob sie sich auf einen Blindflug zu irgendwelchen neuen Ufern einlassen wollen. Tatsächlich ist die Demokratie herkömmlicher Art, die parlamentarische also, an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angekommen, hat diese Grenzen hier und da wohl auch überschritten. Immer wieder werden den Abgeordneten riesige, gut verschnürte Gesetzes-Pakete vorgelegt, die sie dann pauschal billigen oder ebenso pauschal ablehnen können; für eine sorgfältige Beratung, den Austausch von Gedanken und Argumenten bleibt keine Zeit. Dass das Parlament seinen Namen vom französischen „parler“ bezogen hat, was „reden“ meint, ist nicht viel mehr als eine Erinnerung an längst vergangene Zeiten. Woran liegt das? Henry Kissinger hat einen wichtigen Grund genannt, als er die Lücke erwähnte, die sich zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Organisation der Welt aufgetan hat. Sie lässt sich auf zwei verschiedenen Wegen schließen: indem man die Wirtschaft oder die Politik zur

dominierenden Macht erhebt. Mit ihrem Wallstreet-Kapitalismus haben sich die USA für den einen, China mit seinem Machtmonopol der Kommunistischen Partei für den anderen Weg entschieden. Das Parlament bleibt beide Male außen vor. Europa schickt sich an, einen dritten Weg zu gehen. Es überträgt die Macht weder an die Börse noch an ein Politbüro, sondern auf eine supranationale Bürokratie, in der die Experten das Sagen haben. Experten berufen sich auf ihren Sachverstand, der jede weitere Debatte überflüssig macht. In Griechenland, in Irland und in Portugal sind die Experten, Vertreter der EZB, des IWF und der Euro-Gruppe, jetzt schon an der Macht. Mit der Folge, dass für diejenigen, die den Zugang zur Macht verloren haben, Krawall, Aufstand und Protest die letzten Mittel sind, sich politisch bemerkbar zu machen. Keine schönen Aussichten. Aber ein Anlass, darüber nachzudenken, ob wir angesichts solcher Möglichkeiten nicht alles daransetzen sollten, die herkömmliche Demokratie gegen die Post-Demokraten zu verteidigen. Wir sollten uns auf das Grundgesetz besinnen, das die Staatsgewalt beim Volk ansiedelt, das sie „durch Wahlen und Abstimmungen“ ausübt. Und endlich auf die Abstimmungen dringen, die es bisher noch nie gegeben hat.

€ Geldbombe

Ihre Spende für einen Mitgliederparteitag

Am 13./14. Juni 2015 findet der nächste Bundesparteitag der AfD statt.

Wenn es Ihnen wichtig ist, dass dieser Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchgeführt wird, dann spenden Sie nach Ihren Möglichkeiten.

Wir bitten Sie, hier Ihre Spende zu entrichten: <http://www.spende-parteitag.de/>. Dort erfahren Sie weitere Einzelheiten

Bitte beteiligen Sie sich auch finanziell am Wohl der Partei und ermöglichen Sie damit, dass jedes Mitglied sich unmittelbar an wichtigen Richtungsentscheidungen beteiligen kann.



„Desiderius-Erasmus-Stiftung“ gegründet

Pünktlich zum Frühlingsbeginn wurde am 20. März in Berlin in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle die „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ in der Rechtsform eines Vereins gegründet. Die Eintragung der parteinahen Stiftung in das Vereinsregister wurde bereits beantragt. Gründungsmitglieder sind neben Prof. Dr. Bernd Lucke, Dr. Frauke Petry und Dr. Konrad Adam auch Dr. Michael Muster, Götz Frömming, Dr. Gerhard Fischer sowie Georg Pazderski. Die Stiftung will die staatsbürgerliche Bildung fördern, wissenschaftliche Untersuchungen in Gang bringen, der internationalen Verständigung dienen sowie die wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung begabter junger Menschen unterstützen. Zum Vorstandsvorsitzenden wurde Dr. Konrad Adam gewählt, seine beiden Stellvertreter sind Dr. Michael Muster und Götz Frömming, zum Schatzmeister wurde Dr. Gerhard Fischer bestimmt, weitere Vorstandsmitglieder sind Dr. Johannes Hüdepohl und Prof. Dr. Gunter Nickel. Alle Mitglieder des Vorstands

arbeiten ehrenamtlich. Fürs Erste werden die Arbeitsmöglichkeiten der neuen Stiftung begrenzt sein, allein schon aus finanziellen Gründen. Denn in den Genuss staatlicher Zuwendungen, die den Stiftungen der Altparteien regelmäßig und in großem Umfang zufließen, werden wir erst dann kommen, wenn die AfD in den Bundestag eingezogen ist. Schon auf dem Erfurter Parteitag wurden grundsätzliche Vorbehalte gegen den Plan geäußert, es den anderen Parteien nachzutun und eine parteinahe Stiftung zu gründen. Dem steht der Wunsch, ja die Notwendigkeit gegenüber, alle Möglichkeiten zu nutzen, um unseren Rückstand zu den Altparteien zu verkürzen. In diesem Dilemma haben wir uns für den zweiten Weg entschieden, verbunden mit dem Entschluss, die Grundsatzfrage nach der Legitimität von parteinahen Stiftungen dann wieder aufzuwerfen, wenn wir im Bundestag angekommen sind: dann allerdings für sämtliche Parteien, nicht nur für uns.

Die nächste Aufgabe wird in der Aufnahme weiterer Mitglieder bestehen; jeder

Landesverband soll einen Vertreter benennen. Über die 16 Landesvertreter hinaus wollen wir 8 bis 10 weitere Mitglieder gewinnen, die der Partei zwar nahestehen, aber nicht unbedingt Mitglieder sein müssen. Die noch recht vorläufige Planung sieht vor, im Herbst mit dem Tagungsbetrieb zu beginnen. Themen gibt es genug: die Missgriffe der progressiven Pädagogik; die systematische Einschnürung der Meinungsfreiheit; die Krise der parlamentarischen Demokratie und das, was unter dem Begriff der Post-Demokratie auf sie folgen könnte. Einstweilen sind das noch Gedankenspiele, über die Vorstand und Mitgliederversammlung in absehbarer Zeit beraten und beschließen werden.

Konrad Adam



Das AfD-Goldmark-Set

Die goldene 1-DM-Münze ist nach wie vor der Verkaufsschlager im AfD-Goldshop. Daher hat sich unser Team etwas ganz Besonderes ausgedacht. Das AfD-Goldmark-Set mit drei 1-DM-Münzen der Prägestätten A-F-D. Das

Set wird es vorerst nur in einer limitierten Auflage von 20 Stück geben und ist von Bernd Lucke persönlich unterschrieben. Die Münzen sind samt einem Zertifikat in einem edlen Schwebrahmen eingefasst. Zum Abschied

und zur Erinnerung an die Deutsche Mark wurde im Jahr 2001 die 1-DM-Goldmark geprägt. Es handelt sich dabei um die einzige Goldmünze dieser Währung. *pr*



Gründung der Politischen Akademie der AfD – ein weiterer Schritt zur Professionalisierung der Parteiarbeit

Neben der Gründung einer Politischen Stiftung verfügt die Alternative für Deutschland auch über eine Politische Akademie.

Die Leitung liegt in den Händen von Verena Brüdigam, Mitglied des Bundesvorstands der AfD, und dem Geschäftsführer der Akademie Tilman Matheja. Im März 2015 fand die Konstituierung der „Politischen Akademie der AfD e.V.“ als Verein in der Bundesgeschäftsstelle der AfD in Berlin statt. In der Mitgliederversammlung des Vereins sind Vertreter aller Landesverbände und des Bundesvorstands vertreten.

Zweck der Politischen Akademie der AfD e.V. ist es, den Amts- und Mandatsträgern und den Mitgliedern der AfD Wissen im Bereich der Geschäftsführung von Gliederungen, im Wahlkampf und bei der Ausübung des Mandats zu vermitteln. Dazu gehören beispielsweise Themen wie Rhetorik, Medientraining, Grundlagen der Kommunalpolitik, Kassenführung oder die Leitung von Versammlungen. Die parteinahe Stiftung und die Politische Akademie

haben die Themenfelder so gewählt, dass sich die Angebote gegenseitig ergänzen.

Ziel ist es, die politische Arbeit der AfD vor Ort effektiver und professioneller zu machen. Bei mittlerweile über 21.000 Mitgliedern, von denen viele noch nie einer politischen Partei angehört haben, und mehr als 500 kommunalen Mandatsträgern ist die Nachfrage nach Bildung und Training groß. Hierfür werden Referenten aus den Reihen der Mitglieder und externe Experten kostengünstig herangezogen. Die Mitarbeiter der Politischen Akademie e.V. arbeiten ehrenamtlich.

Die Zusammenarbeit zwischen der Politischen Akademie der AfD e.V. und den AfD-Gliederungen ermöglicht der Partei, ihren Mitgliedern ein attraktives Angebot zu machen, das zum weiteren Erfolg der AfD beitragen wird.

Impressum & Kontakt.

V.i.S.d.P.: Christian Lüth

Alternative für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Schillstraße 9
10785 Berlin

Sie erreichen uns telefonisch von Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 17 Uhr unter (030) 265 583 7-0 bzw. per E-Mail unter bundesgeschaeftsstelle@alternatiefuer.de

Spendenkonto

Empfänger: Alternative für Deutschland
IBAN: DE 16518500790027115551
BIC: HELADEF1FRI
Sparkasse Oberhessen
Betreff: Spende



Die Unterzeichner des Gründungsdokuments des Vereins „Politische Akademie der AfD e.V.“